

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

12 (20.3.1947)

# BADISCHE Volksstimme

1. April 1947:  
Badisches  
VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 12

Mannheim, 20. März 1947

Preis 10 Pfg.

## Vorwärts auf dem Wege zur Einheit

Erich Gniffke und Franz Dahlem sprachen in Mannheim

In einer überfüllten Massenkundgebung, an der auch viele Sozialdemokraten teilnahmen, sprachen die Mitglieder des Zentralvorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Erich Gniffke und Franz Dahlem.

### Erich Gniffke

Vor 1933 Landtagsabgeordneter der SPD in Braunschweig, Gauführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Vorstandsmitglied des freigewerkschaftlichen Angestelltenverbandes u. von 1933 bis 1945 in der Widerstandsgruppe Grotewohl-Fechner tätig.

Weil Sozialdemokraten und Kommunisten sich gegenseitig bekämpften konnte Herr von Papen im Jahre 1932 die sozialdemokratische Braun-Severing-Regierung in Preußen durch einen Leutnant mit 10 Mann aus dem Amte verjagen und 1933 die Reichsgewalt an Hitler übertragen. Die Folgen sind bekannt. 30 Millionen Tote, zertrümmerte Städte, eine ruinierte Wirtschaft, klagen das Hitlerregime an.

Aus dieser Vergangenheit gilt es die Lehre zu ziehen, daß nur eine vereinte Arbeiterschaft in der Lage ist, die Reaktion zu schlagen.

In den KZ., angesichts der unmenschlichen Leiden und der brutalen Folterungen, wuchs der Wunsch, zu einer einheitlichen politischen Arbeiterbewegung zu gelangen.

### Die Entwicklung in der Ostzone.

Nach Zulassung der politischen Parteien in der Sowjetzone wurde die Arbeitsgemeinschaft SPD-KPD gebildet.

Dank der brüderlichen Zusammenarbeit und auf Grund der gemeinsamen Anstrengungen aller demokratischen Kräfte im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien konnten geordnete Verhältnisse geschaffen und die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden. Durch die Bodenreform wurden 7000 Gutsbesitzer enteignet und 450 000 Familien mit 1 1/2 Millionen Personen erhielten Grund und Boden und wurden selbständige Bauern. Die Lebensmittelzuteilungen konnten mehrmals verbessert werden, durch die zuletzt erfolgte Aufhebung der Lebensmittelkarte 5 und 6 wurde für 40 Prozent der Bevölkerung eine Erhöhung der Lebensmittelrationen erzielt.

3000 Betriebe wurden in das Eigentum des Volkes überführt. Trotz der Demontagen, die ab 1. 1. 47 ganz aufgehört haben, hat die Produktion 70 Prozent der Kapazität von 1938 erreicht gegenüber 30 Prozent in den Westzonen. 17 Millionen Paar Schuhe werden beispielsweise im Jahre 1947 erzeugt werden, davon stehen 15,8 Millionen Paar der deutschen Bevölkerung zur Verfügung und nur 1,2 Millionen Paar gehen auf Reparationskonto.

### Auf die Frage der Wiedergutmachung

eingehend, sagte der Redner: In der Sowjet-Union allein wurde für 800 Milliarden Mark Schaden angerichtet. Die Sowjet-Union verlangt Ersatz für angerichtete Schäden in Höhe von 5-7 Prozent. Wenn alle Mächte sich auf diesen Nenner zurückziehen, dann wird die Gesamtsumme der Reparationen erträglich sein. Wir sind für Reparationen aus der laufenden Produktion. Deutschland ist kein Agrarland und kann

nur mit seinen Qualitätserzeugnissen bezahlen. Bei der Wiedergutmachung kommt es jetzt darauf an, zu verhindern, daß wieder, wie nach 1918, die Arbeiter und die werktätige Bevölkerung alle Lasten bezahlen müssen.

### Wie ist die SED entstanden?

Aus der gemeinsamen Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten ist die SED entstanden. Auf Druck der Arbeiter und der Mitglieder beider Parteien ist die Vereinigung KPD-SPD in der Ostzone zustande gekommen.

Der in Hannover gebildete neue Parteivorstand der SPD mit Dr. Schumacher an der Spitze hat alle unsere Versuche, zu einer Verständigung zu kommen, abgelehnt.

### Arbeitsgemeinschaft KPD-SPD

Als erster Schritt auf dem Wege zur Vereinigung aller Arbeiter in ganz Deutschland haben wir als SED die Arbeitsgemeinschaft mit den kommunistischen Parteien der Westzonen gebildet.

Die SED eine demokratische Partei Die SED ist eine demokratische Partei. Sie erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus, ist

aber bereit zu revolutionären Mitteln zu greifen, wenn die Bourgeoisie den Boden der Demokratie verläßt.

Jawohl, wir sind eine demokratische Partei, die Demokratie innerhalb unserer Partei ist besser ausgebildet als in jeder anderen Partei. 1,7 Millionen Mitglieder allein in der östlichen Zone lassen sich nicht zentralistisch leiten. Unser Programm ist nicht das Programm der KPD vor 1933 und auch nicht das Programm der SPD 1933. Unser Programm entspricht den gegenwärtigen Bedingungen in Deutschland.

### Die SED ist eine deutsche Partei

So oft wird gesagt, wir sind keine unabhängige Partei, wir sind nach dem Osten orientiert. Nein, wir sind weder nach dem Osten noch nach dem Westen orientiert. Unsere Orientierung dient einzig und allein der Einheit Deutschlands.

Als deutsche sozialistische Partei ist die SED die fortschrittlichste und nationale Kraft, d.h. mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen, für die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands eintritt. Ich glaube, daß dies die Grundlage ist, um die Arbeiterschaft innerhalb Deutschlands in die Sozialistische Einheitspartei einzuführen.

### Franz Dahlem

Vor 1933 Mitglied des ZK der KPD. Im spanischen Bürgerkrieg politischer Leiter der internationalen Brigade. In Frankreich interniert und an Hitler ausgeliefert. Bis Kriegsende im KZ Mautausen, nach Kriegsende Mitglied des ZK der KPD bis zur Vereinigung.

Die Aufgaben der deutschen Parteien in der jetzigen Situation bestehen darin, „die nationalen Interessen des ganzen Volkes zu wahren und einheitlich den Standpunkt des ganzen Deutschland zu dokumentieren und zu vertreten. Es muß also eine deutsche Politik sein, die sich nicht beeinflussen läßt von fremden Mächten oder von volksfremden reaktionären Interessen.

Wir begrüßen es, daß die Sowjet-Regierung die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands verlangt; wir wären glücklich, wenn morgen die Amerikaner, Franzosen und Engländer einen ähnlichen Standpunkt vertreten würden.

### Unsere Stellung zur Ostgrenze

Wer hat die Länder östlich der Oder verspielt? Das war die verbrecherische Politik der Hitlerbande, die 20 Millionen Menschen liquidiert hat.



Eine einheitliche deutsche Politik in allen Zonen — die Einheit Deutschlands — das ist nur zu sichern durch die Herstellung der Arbeitereinheit. Franz Dahlem

Die Ostgrenze wurde auf der Konferenz von Jalta 1944 durch einen gemeinsamen Beschluß und durch gemeinsame Unterschrift aller vier alliierten Großmächte beschlossen und keiner dieser alliierten Mächte hat die Absicht, diese Unterschrift zurückzuziehen. Wer etwas anderes behauptet, betrügt das deutsche Volk.

Wir lehnen diese Grenzziehung ab. Wir betrachten sie als verhängnisvoll für die deutsche Entwicklung.

Ob wir aber eine günstigere Regelung bekommen, hängt lediglich davon ab, welches Vertrauen die Völker der anderen Länder, insbesondere im Osten, zur Entwicklung in Deutschland haben.

### Saargebiet und Ruhrgebiet

Frankreich verlangt Sicherheit und Wiedergutmachung. Auch in Frankreich wächst das Mißtrauen gegen uns. Deshalb auch die französische Forderung auf Loslösung des Saargebiets und Ruhrgebiets von Deutschland. Wir protestieren gegen diese Loslösung. Die Potsdamer Beschlüsse garantieren Deutschland als einheitliches Ganzes. Ohne Ruhrgebiet kann aber Deutschland nicht leben. Nicht die Verschlebung der Grenzen gibt eine Gewähr für die Sicherheit Frankreichs, sondern die

Vernichtung des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes.

### Vereinigung SED — KPD

Die SED wird in den nächsten Wochen in allen drei Westzonen gebildet werden. Das ist der Beschluß einer Konferenz der Vertreter der Kommunistischen Partei, die dieser Tage in Frankfurt stattgefunden hat.

Nach dieser Vereinigung werden wir 2 Millionen Mitglieder in der SED haben. Dahlem wies darauf hin, daß in Polen, in der Tschechei, in Jugoslawien Sozialisten und Kommunisten einheitlich zusammenarbeiten. In Frankreich bahnt sich eine solche Zusammenarbeit an.

Eine Verständigung der Völker untereinander kann nur durch die internationale Arbeiterbewegung geschehen. Wenn die Arbeiterschaft einig ist, wird auch das Zutreten der Arbeiterbewegung in allen Ländern zu uns wachsen und die Arbeiterparteien können uns die Bruderhand reichen. Unsere Nachbarn im Osten, Polen und die Tschechei, treten für ein einheitliches Deutschland ein, weil sie aufgrund der Politik der SED Vertrauen haben. In England haben über 100 oppositionelle Labour-Abgeordnete ihr Einverständnis mit der Politik der SED erklärt.

### Gesamtdeutsche Zusammenarbeit

Die SED hat an alle Parteien die Aufforderung gerichtet, zu einer Beratung zusammenzutreten, um einen gesamtdeutschen Standpunkt heraus zu arbeiten. Aber der Führer der SPD in den Westzonen, Dr. Schumacher, hat ein solches Zusammenwirken abgelehnt.

Es gibt in der SPD Kräfte, die anderer Meinung sind als Schumacher. Paul Löbe, ehemaliger Reichstagspräsident hat erklärt: „Man muß zusammengehen, wenn man sich nicht ins eigene Fleisch schneiden will“, und der ehemalige preußische Minister Severing, der als Gast auf dem kommunistischen Bezirkstag in Westfalen teilgenommen hat, sagt, daß man bei der heutigen Politik der KPD mit dieser Zusammenarbeit kann und muß.

Es ist zu begrüßen, daß sich Dr. Schumacher für eine zentrale Regierung ausgesprochen hat.

Deshalb verlangen wir auch einen Volksentscheid über die Frage

„Einheit Deutschlands oder Zerstückelung in viele Vaterländer“.

Die Alliierten bitten wir, gemäß der Atlantik-Charta auch dem deutschen Volke das Recht zu geben, über die Gestaltung Deutschlands, selbst zu bestimmen.

Nur die Einheit der Arbeiter macht den Weg frei für die Einheit Deutschlands. Die Bodenreform muß durchgeführt werden. Die Kriegsverbrecher müssen enteignet, die Monopole zerschlagen und die Verwaltungen von allen belasteten Nazis gesäubert werden. Nur wenn die Arbeiterklasse das Schicksal Deutschlands in die eigenen Hände nimmt, kann Deutschland weiterleben.

# Entscheidender Schritt zur Einheit der Arbeiterbewegung

## Entschliebung der KPD

Die Konferenz der Vertreter der KPD der amerikanischen, französischen und britischen Besatzungszone, die am 10. März 1947 in Frankfurt a. Main tagte, begrüßte die am 14. Februar 1947 geschaffene Arbeitsgemeinschaft zwischen SED und KPD. Die eingehenden Beratungen der gegenwärtigen politischen Situation in Deutschland, insbesondere im Hinblick auf die in Moskau eröffnete Konferenz der Außenminister ergab Übereinstimmung, daß die Herbeiführung der Einheit Deutschlands ohne eine einheitliche politische Führung der Arbeiterbewegung nicht möglich ist.

Die Konferenz sieht in der Bildung der Arbeitsgemeinschaft den ersten Schritt zur Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland und zur entgeltigen Überwindung der verhängnisvollen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Vertreterkonferenz faßte folgende Beschlüsse:

1. In allen Parteiorganisationen sind die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Aussprache zu stellen und zur Annahme zu empfehlen. Die Konferenz empfiehlt allen Parteiorganisationen umgehend zu der Frage der Vereinigung mit der SED Stellung zu nehmen.
2. Der Schwerpunkt zur Vorbereitung der Vereinigung mit der SED liegt in den Betrieben. Gemeinsame Versammlungen der Betriebsgruppen mit sozialdemokratischen Genossen sind durchzuführen. Die Kameradschaft mit den sozialdemokratischen Genossen muß eine Kameradschaft des Kampfes um Demokratie, um Mitbestimmungsrecht, um die Sicherstellung der materiellen Existenz der Arbeiter und der werktätigen Schichten sein. Da die Vereinigung mit

der SED nicht einfach eine Namensänderung der Kommunistischen Partei darstellt, muß außer der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für den Gedanken der sozialistischen Einheit auch die Mobilisierung der parteilosen Arbeiter erfolgen.

3. Die Vertreterkonferenz empfiehlt den Landesvorständen auf den bevorstehenden Landesparteitagen, die sich aus den Beschlüssen der Parteieinheiten ergebenden organisatorischen Maßnahmen zu treffen.

## KPD Nordbaden für Vereinigung mit der SED

Der Entschliebung der Frankfurter Konferenz folgend, fand am Freitag, den 14. März 1947, eine Sitzung der erweiterten Landesbezirksleitung Nordbaden statt. In Anwesenheit der beiden Mitglieder des Zentralvorstandes der SED, Franz Dahlem und Erich Gniffke, wurden in einer von sachlichem Ernst getragenen Aussprache all die Fragen besprochen, welche die Kommunistische Partei Deutschlands vor bedeutsame Entscheidungen stellen.

Die neue Lage, die sich angesichts der auf der Moskauer Konferenz zur Debatte stehenden zukünftigen Gestaltung Deutschlands für das deutsche Volk, insbesondere für die Werktätigen ergibt, erfordert rasche Entscheidungen. Es geht um Deutschlands Einheit, ohne die das schaffende Volk keine ausreichende Lebensgrundlage hat. Daraus erwächst die gebieterische Notwendigkeit, eine einheitliche politische Führung der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen als Gewähr für eine wirkliche demokratische und freiheitliche Entwicklung. Dies wird erreicht durch die Vereinigung der SED und KPD als die politisch klarsten und entschlossensten Kräfte in Deutschland. Diese Vereinigung leitet eine neue Phase der Einheitsbewegung ein und stellt somit einen weiteren Schritt auf dem Wege dar, der zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse führen wird.

Die deutschen Werktätigen gehen einer Zeit ernster Prüfungen entgegen. Der Kampf um die demokratischen Rechte, die schon jetzt enthüllten Bestrebungen der Reaktion zur Verhinderung der Säuberung und Demokratisierung und zur Abwälzung der Lasten des Krieges auf den Rücken der Schaffenden, werden nur zu bewältigen sein, wenn eine starke, geschlossene politische Kraft die Führung des schaffenden Volkes in die Hände nimmt.

In Erkenntnis dieser Zusammenhänge und in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der Frankfurter Konferenz faßte die erweiterte Landesbezirksleitung folgenden Beschluß:

## Entschliebung der Landesleitung

Die erweiterte Landesbezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Landesbezirk Nordbaden, nahm Kenntnis von der Entschliebung, die von den am 10. März 1947 in Frankfurt a.M. tagenden Vertretern der KPD der drei westlichen Zonen gefaßt wurde.

Die erweiterte Landesbezirksleitung stimmt der dort niedergelegten Auffassung zu und beschließt, den am 19. und 20. 4. 1947 einzuberufenden Bezirksparteitag für Nordbaden im Sinne der Entschliebung der Frankfurter Konferenz vorzubereiten.

## SDV Mosbach für Vereinigung

In gemeinsamer Beratung, die am 14. März 1947 in Mannheim stattgefunden hat, haben Vertreter der drei Parteien, SED, KPD und Sozialistisch Demokratische Vereinigung Mosbach folgenden

### Beschluß

Die drei Parteien bilden zusammen eine

### Arbeitsgemeinschaft

für den Landesbezirk Baden, mit dem Ziel einer baldigen Vereinigung mit der SED.

## Einreiseverbot für SED-Vertreter

Die Mitglieder des Zentralvorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Franz Dahlem und Erich Gniffke, beabsichtigten, nach einer Versammlungstournee durch die amerikanische Zone von Mannheim aus in die französische Besatzungszone zu fahren. In Ludwigshafen und Mainz waren große Kundgebungen vorbereitet. Allein in Ludwigshafen waren bereits mehr als 8000 Eintrittskarten für die fristgemäß angemeldete Versammlung angefordert. Die französische Militärregierung hat aber in letzter Stunde die Abhaltung der Versammlung und die Einreise verboten.

Zu diesem Verbot geben die Herren Franz Dahlem und Erich Gniffke folgende Erklärung ab:

„Ueber das Verbot unserer Einreise sind wir darum besonders verwundert, weil wir im Besitz eines gültigen Interzonenpasses sind, der auch das französische Einreisevisum enthält. Durch eine schriftliche Mitteilung an den Landesvorstand der Kommunistischen Partei in Ludwigshafen, in der es unter anderem heißt, daß der Chef der französischen Militärverwaltung in Baden-Baden die Einreise der Mitglieder der SED, Franz Dahlem und Erich Gniffke aus Berlin, in die französische Zone verweigert (réfúsé) hat, war es uns unmöglich gemacht, bei der französischen Militärregierung wegen des Versammlungsverbots vorstellig zu werden.“

### Der Zweck unserer Reise

war ein mehrfacher. Zunächst wollten wir die Grüße der in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands organisierten fast 2 Millionen Sozialisten den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern der französischen Zone übermitteln, und unsere Gedanken über die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens mit dem Ziel der Schaffung einer gesamtdeutschen

einheitlichen sozialistischen Bewegung entwickeln.

Angesichts der Moskauer Konferenz steht in allen Teilen Deutschlands die Frage der

Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands im Vordergrund des Interesses. Die SED ist der Auffassung, daß die Voraussetzungen dafür bestehen müssen, in der Entnazifizierung und Demokratisierung ganz Deutschlands, wie sie bereits in weitgehendem Maße in der östlichen Besatzungszone verwirklicht sind.

Ueber die Lage in der sowjetischen Besatzungszone

wollten wir Aufklärung bringen und Mißverständnisse und Mißdeutungen beseitigen helfen.

Unsere Reise sollte noch das besondere Ziel verwirklichen, zwischen den progressiven demokratischen Kräften in Deutschland und dem großen französischen Nachbarvolk ein gutes Verhältnis anzubahnen.

Wir hielten den Zeitpunkt unserer Reise für besonders günstig, weil uns bekannt ist, daß in den Betrieben und Gewerkschaften der französischen Zone Sozialdemokraten und Kommunisten ein enges Verhältnis zueinander gefunden haben. Aus der Presse hatten wir auch ersehen, daß die im Landtag vertretenen politischen Parteien im Verfassungsausschuß sich auf eine Formulierung verständigt haben, daß die Rheinpfalz ein demokratischer und sozialer Volksstaat und ein Glied des neuen Deutschland sein soll.

Aber auch in bezug auf die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich

sahen wir günstige Anzeichen durch die Erklärungen der französischen Kommunisten und Sozialisten, insbesondere nach den Reden von Maurice Thorez in Toulon, Marcel Naegle in Nancy und Léon Jouhaux in Berlin,

wonach Übereinstimmung in folgenden grundlegenden, Deutschland betreffenden Fragen besteht:

Konsequente Entnazifizierung von Verwaltung und Wirtschaft, Entmachtung der Konzerne und Monopole und des Großgrundbesitzes, Errichtung einer deutschen demokratischen Selbstverwaltung in den Gemeinden, Kreisen und Ländern und eine selbständige deutsche kulturelle Tätigkeit in der französischen Zone in engster Verbindung mit der gesamtdeutschen Kulturbewegung.

Wir bedauern, daß es uns auf Grund des Verbotes nicht möglich war, diese Auffassungen der deutschen Bevölkerung in der französischen Zone vorzutragen. Wir sind aber dessen gewiß, daß die Arbeiter in diesen Teilen Deutschlands den Gedanken der

### Einheit der sozialistischen Bewegung

fortentwickeln, als beste Voraussetzung für die Schaffung der Einheit Deutschlands, als die Gewähr für eine freiheitliche Entwicklung im Innern und ein friedliches Zusammenleben mit den Nachbarvölkern.

Wir werden uns wegen des Einreiseverbots an die oberste französische Besatzungsbehörde in Berlin wenden und gleichzeitig den Tatbestand den Leitungen der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei sowie den Gewerkschaften in Frankreich übermitteln.“

○ Fürstliche Großgrundbesitzer wollen Bauern vertreiben. Das Landeswirtschaftsamt hat die Bauern des Dorfes Umkirch in Südbaden aufgefordert, das Dorf zu räumen und in ein anderes Gebiet überzusiedeln, weil die Verwaltung der Domänen der Hohenzollern die Absicht habe, das ganze Gut in Selbstbewirtschaftung zu nehmen.

○ Lieferungen aus den ehemaligen deutschen Gebieten, die unter polnischer Verwaltung stehen, in die Sowjetzone wurden bisher in Höhe von 1,5 Millionen Tonnen Kohlen und Koks und 10 000 Tonnen Benzol getätigt.

## Gegen bürokratische Zentralämter

### Zur Eröffnung des Parlamentarischen Rates beim Länderrat

gab der kommunistische Abgeordnete Walter Fisch eine Erklärung ab, in der es heißt:

1. Wir halten den Parlamentarischen Rat für eine Fehlkonstruktion, die nicht geeignet ist, die Autorität der in der US-Zone entstandenen demokratischen Volksvertretungen zu stärken und die Entwicklung der Demokratie sowie die Verwirklichung der Verfassungen im allgemeinen zu fördern.
2. Der sogenannte „Parlamentarische Rat“, der weder nach seiner Zusammensetzung, — es fehlt in ihm z. B. die bayerische KPD —, noch nach seinem Statut ein parlamentarisches Organ ist, stützt die Tendenz, den Länderrat immer mehr zu einem gesetzgebenden Organ zu machen, eine Tendenz, die wir ablehnen, weil der Länderrat keiner demokratisch gewählten Volksvertretung untersteht.
3. Die Schaffung des Parlamentarischen Rats muß in Verbindung mit bestimmten Vorschlägen der Militärregierung gesehen werden, die darauf hinausgehen, das Gesetzgebungsrecht der Landtage einzuschränken und dafür die gesetzgeberische Tätigkeit solcher zentraler Amtsstellen, wie der bizonalen Verwaltungen und des Länderrats, zu verstärken. Die KPD wird dem Bestreben bestimmter deutscher reaktionärer Kreise, diesen Umstand zu weitgehender Ausschaltung der gewählten Parlamente auszunutzen, aufs Entschiedenste entgegenzutreten.
4. Die gesetzgeberische Tätigkeit bürokratischer Zentralämter unter Umgehung der Landtage widerspricht Artikel 152 der hessischen und Artikel 106 der württembergisch-badischen Verfassung und ist darum rechtswidrig.
5. Die nicht erfolgte Abgrenzung der gesetzgeberischen Kompetenzen zwischen Landtagen und Zentralämtern fördert die Verwirrung und die Neigung zur Anwendung bürokratischer Willkür.
6. Statt sich mit dem Aufbau eines zentralen Scheinparlaments zu beschäftigen, das durch seine inneren Widersprüche zur Arbeitsunfähigkeit verurteilt ist, wäre es, insbesondere im Hinblick auf die soeben eröffnete Moskauer Konferenz und die schwierige Lage Deutschlands, erforderlich, alle Kräfte auf die baldige Schaffung zentraler Verwaltungsorgane für ganz Deutschland zu konzentrieren, der ersten Stufe zu einer vom gesamten deutschen Volk getragenen parlamentarischen Regierung. In der Uebergangszeit, die nach unseren Wünschen so kurz wie möglich sein sollte, würden in der US-Zone solche zentralen Organe, die die Gesetzgebung der Länderparlamente lediglich koordinieren, vollauf genügen und sollten nur durch beratende Organe der Parteien ergänzt werden.
7. Die KPD wird sich trotz der angeführten ernsthaften Kritik an den Arbeiten des Parlamentarischen Rats beteiligen, um auch in dieser Körperschaft konsequent für die Rechte der gewählten Volksvertretungen einzutreten.

## 800 000 Kriegsgefangene kehren heim

Die Sowjetunion wird, wie Franz Dahlem in Mannheim mitteilte, 800 000 deutsche Kriegsgefangene in die Heimat entlassen. Die Entlassungen beginnen mit der Beendigung der Kälteperiode. Die deutschen Behörden in der Sowjetzone haben Anweisung erhalten, größere Vorbereitungen für die Aufnahme der Kriegsgefangenen zu treffen.

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz wurden von den Außenministern die offiziellen Zahlen der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Soldaten bekanntgegeben. Danach sind in russischer Gefangenschaft noch 890 532, in französischer 631 483, in englischer (ohne die Gefangenen in der englischen Zone) 435 295 Deutsche.

Der russische Außenminister hat die Behauptung, daß in der Sowjetunion noch 3 000 000 deutsche Kriegsgefangene seien, als „absurdes“ Gerücht bezeichnet.

# Gegen das Schandurteil im Böse-Prozess

### Gemeinsame „Große Anfrage“ der Kommunisten und Sozialdemokraten im württembergisch-badischen Landtag

Am 18. März steht auf der Tagesordnung des Landtages als Punkt 9: Große Anfrage der Abgg. Boepple, Zimmermann und Gen. an den Herrn Justizminister betr. das Urteil der Mannheimer Strafkammer gegen den ehemaligen Polizeihauptmann Böse.

#### Große Anfrage.

Welches ist die Stellungnahme des Justizministeriums zu dem in Mannheim gegen den ehemaligen Polizeihauptmann Böse und zwei weitere ehemalige Polizisten gefällten Urteilen?

Gedenkt der Herr Justizminister eine Berufung gegen dieses jeglichem Rechtsempfinden zu widerlaufende Urteil zu veranlassen?

#### Begründung:

Kurz vor dem Einzug der amerikanischen Truppen in Mannheim ließ der Polizeihauptmann Böse drei Mannheimer Bürger erschießen, die er im Keller eines Hauses antraf, das die weiße Fahne gehißt hatte. Die Erschießung wurde durch drei Polizeibeamte in den Lauerschen Gärten vollzogen. Die Mannheimer Strafkammer verurteilte den Polizeihauptmann zu zwei Jahren Gefängnis (unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungs-

haft); das Exekutionskommando wurde freigesprochen.

Dieses Urteil hat in der Mannheimer Bevölkerung mit Recht große Empörung ausgelöst.

Die Mannheimer Gewerkschaften haben in einer stark besuchten Protestkundgebung am Montag, den 3. März, die

Kassierung des Urteils der Mannheimer Strafkammer durch die zuständigen deutschen Behörden und sofortige Verhaftung der Täter gefordert.

Die Entschließung der Gewerkschaften widerspiegelt das Maß der Empörung gegen ein Urteil, das geeignet ist, alle offenen und versteckten Feinde der Demokratie in ihrem Widerstand zu ermutigen.

Dieser gemeinsame Schritt der beiden Arbeiterparteien im Landtag entspricht dem Willen der übergroßen Mehrheit der Mannheimer Bevölkerung, welche das Urteil gegen den Nazimörder Böse und seine Komplizen als Hohn empfinden mußte. Das Volk verlangt, daß diese unmenschliche Schandtat endlich ihre gerechte Sühne erfährt.

males Mächtigen dieser Erde nicht voll und als einer der ihren anerkannt worden zu sein. Darum sann er nach einer anderen Möglichkeit, mittels deren er seine „nationale Zuverlässigkeit“ bewiesen konnte. Er ergriff die Sammelbüchse. Mit dieser bewaffnet, klapperte er Jahr aus Jahr Beiträge für die NSDAP zusammen und klapperte sich und die Seinen unverdrossen durch alle Fährnisse des Dritten Reiches bis zu dessen unrühmlichem Ende.

Nun wollen wir nicht katholischer sein als der Papst und nachträglich von Neumann nicht mehr Mannesmut verlangen, als er damals gerade auf der Pfanne hatte. Nicht ein jeder ist zum Märtyrer geboren. Und Neumann als gründlich gelerntem alten Militärsoldaten steckte doch wohl der Gehorsam vor jeglicher Sorte von „Obrigkeit“ zu tief in den Knochen. Wir sind in der Tat die letzten, die einen kleinen Mann, in subalternen Stellung verurteilen wegen des Versuchs, sich den jeweiligen Inhabern der Gewalt so billig als möglich anzuschleimen.

Wir wagen es nur — vorerst in aller Bescheidenheit — unserem Wunsche nach einem anderen Manne, einem erprobten Antifaschisten, in der Robe des Anklägers bei der Spruchkammer in Ettlingen Ausdruck zu geben. Herr Neumann erwiese einer ernst gemeinten politischen Säuberung seinen wohl ersten guten Dienst, wenn er still und beschleunigt aus seinem derzeitigen Amte verschwände. Zuvor mag er noch — quasi als letzte Amtshandlung — einen Denazifizierungsantrag gegen sich selbst stellen und — nach dessen hoffentlich recht gutem Ausgang — bescheiden auf sein verwaistes Pöschchen bei der hohen Finanzverwaltung zurückkehren. Solcherart ersparte er der Öffentlichkeit, die von der in Ettlingen praktizierten „Denazifizierung“ sowieso die Nase voll hat, ein recht überflüssiges Skandalchen.

## Um Mitbestimmungsrecht in den Betrieben

In der Delegiertenversammlung des Industrieverbandes Metall Mannheim am 14. März 1947 wurde in einer Entschließung zu den Aufgaben, die vor der Arbeiterschaft stehen, Stellung genommen. U. a. heißt es darin:

„Es stehen uns große Kämpfe um die Verteilung der Lasten des Krieges bevor; die Reaktion versucht, dieselben auf das werktätige Volk abzuladen. Will die Gewerkschaft diese Kämpfe erfolgreich bestehen, so bedarf es der Zusammenfassung aller Kräfte. Es gilt, die Einheit der Organisation zu festigen und die noch abseits stehen-

## Sieht so die Ingangsetzung der Wirtschaft aus?

Immer und immer wieder geht durch die Presse, den Rundfunk, durch Aufrufe der Parteien, der Länder u. Städte, von Ausschüssen und Kommissionen die Forderung nach schnellstmöglicher Eingliederung aller deutschen Menschen einschließlich der kleinen „Entnazifizierten“. Wir Kommunisten, und mit uns die breite Öffentlichkeit, dies beweisen die täglich zahlreich einlaufenden beweglichen Klagen, haben schon sehr oft darauf hingewiesen, daß alle diese Aufrufe nur eine Phrase sind und bleiben, wenn nicht in der Praxis durch die Tat bewiesen wird, daß man auch ernsthaft gewillt ist, fördernd und helfend, frei von allem Bürokratismus, einzugreifen.

Wir hätten schon einmal grundsätzlich zum Thema der „Eilverfahren“ in der Spruchkammer Stellung genommen. Der Widerhall in der Öffentlichkeit bestätigte 100prozentig die Richtigkeit unserer Einstellung, führte aber auch andererseits in so krassem Maße die Schwereigenschaften und Mängel unserer behördlichen Vorschriften und der sich stur daran klammernden Bürokratie vor Augen, daß es nicht verantwortet werden kann, weiter stillschweigend diesen Mißständen zuzusehen.

Seit langen Monaten verfolgen wir einige wahllos herausgegriffene Fälle von kleinen Pgs.; sie waren zum Teil im „Eilverfahren“ bereits nach zwölf Monaten mit ihrem Mitläuferbescheid bedacht worden, so daß nach Eintritt der Rechtskraft (die natürlich auch wieder einen bis zwei Monate dauert) man der Ansicht sein könnte, daß einer Geschäftsaufnahme nichts mehr im Wege stände.

So glauben wir und so denken Tausende. Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Wir wollen versuchen, aus dem Paragraphen- und Bestimmungslabyrinth unseren Lesern die Unsinnigkeit der jetzigen Zustände an zwei Fällen verständlich vor Augen zu führen.

Bekanntlich kennt das Entnazifizierungsgesetz folgende Kategorien:

- Stufe 1: Hauptschuldiger, Stufe 2: Belasteter, Stufe 3: Minderbelasteter, Stufe 4: Mitläufer, Stufe 5: Entlasteter.

## Gedenktage DER WOCHE

- 20. 3. 1828 Henrik Ibsen, norwegischer Dichter, geb. 1770 Friedrich Hölderlin, Dichter, geb. 21. 3. 1943 Erste Weltjugendwoche. 1919 Proklamation der Räterepublik in Ungarn. 1763 Jean Paul geb. 1685 Joh. Seb. Bach geb. 22. 3. 1848 Feierliche Bestattung der Märzgefallenen in Berlin. 1832 Joh. Wölg. Goethe gest. 25. 3. 1872 Bebel und W. Liebknecht im Leipziger Hochverratsprozess zu zwei Jahren Festung verurteilt. 26. 3. 1827 Ludwig van Beethoven gestorben.

den Angestellten und Arbeiter zu gewinnen. Nur durch unseren gemeinsamen Kampf gelingt die Durchsetzung unseres Mitbestimmungsrechtes um die Demokratisierung der Wirtschaft. Um alle Kräfte für die kommenden Kämpfe fester zusammenzuschließen und sie mit Begeisterung für ihre Arbeit zu erfüllen, muß jede parteipolitische Auseinandersetzung in unserem Verband unterbleiben. Alle in der Gewerkschaftsbewegung wirkenden Kräfte sind zur Führung, Verantwortung und Mitarbeit berufen.

Die Delegiertengeneralversammlung nahm die Neuwahl der Ortsverwaltung vor. Der bisherige 1. Bevollmächtigte Paul Schreck wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt.

### Wilferdingen

#### Wo blieb der Wein?

Bereits am 13. Februar 1947 frugen wir die Bahnmeister, wohin der Waggon Wein kam, der, als „Radschuhe“ deklariert, einlief. Bis zum heutigen Tage blieb uns Herr Abendschön vom Bahnhof Wilferdingen die Antwort schuldig. Anscheinend ist ihm ein Waggon nicht der Rede wert. Vielleicht kann er uns aber noch ergänzend mitteilen, wo der weitere Waggon Obst, der im Spätjahr einlief, geblieben ist, und welche Bewandnis es mit dem Bauholz hat, das nach Obermutschelbach ging.

Nehmen wir zwei ehemalige Pgs.; beide hatten, als Beispiel betrachtet, im Dritten Reich ein Geschäft. Dem einen wurde es bei seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft, weil kein Treuhänder da war, geschlossen. Dem anderen stellte man einen sagenhaften Treuhänder, meistens die eigene Frau oder irgend eine Großmutter. Das Geschäft lief munter weiter.

Nach rund einem Jahre werden beide „entnazifiziert“. Der mit geschlossenem Geschäft als Mitläufer Stufe 4, der mit offenem Geschäft und Treuhänder als Minderbelasteter St. 3. Der Minderbelastete, also bedeutend schwerer belastete als der Mitläufer, führt sein Geschäft ruhig weiter, der Mitläufer dagegen muß, da er nicht das Glück, einen Treuhänder zu haben, besaß, sein eigenes Geschäft neu zulassen. Dies bedeutet, daß er weitere Monate untätig auf den Abschluß der neugeleiteten Erhebungen warten muß, bei denen er noch lange nicht weiß, ob sie überhaupt zum Erfolg führen. Trotzdem Handelskammer, Handwerkskammer und Gewerbeamt genau wissen, daß diese Zustände als die offensichtliche Benachteiligung des Mitläufers gegenüber dem Minderbelasteten ein schreiendes Unrecht ist, wird nichts getan, um Abhilfe zu schaffen, im Gegenteil, man taumelt stur im bewußt falschen Geleise. Wie einfach wäre doch auch auf diesem Gebiete eine gerechte Lösung zu schaffen, wenn man nur wollte.

Es hat jedoch den Anschein, als schaffe man bewußt solche Ungerechtigkeiten nicht aus der Welt, ja, man verschanzt sich sogar letzten Endes in vielen Fällen hinter der Militärregierung, eine Methode, die ebenso dumm wie lächerlich ist. Zieht doch wie ein roter Faden eine stille Duldung, sogar Förderung solcher Ungerechtigkeiten durch den Behördenbürokratismus. Wir denken hier nur an die Gleichstellung der aufrechten Antifaschisten mit den Mitläufern anläßlich der Kennkartenlochung, bei deren Einführung ja Herr Kamm noch vor Monaten mit seinem Rücktritt drohte.

„Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage...“ Wie lange noch soll dieser Zustand dauern?

## Ausgesprochene Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Mit diesen Worten geißelte der Oberstaatsanwalt Dr. Wöll in der Strafkammersitzung des Landgerichts Mannheim, die unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Silberstein am 13. und 14. März 1947 gegen die 6 angeklagten ehemaligen SA-Angehörigen

- Butz, Adrian
- Völker, Hermann
- Marquetant, Jakob
- Marquetant, Paul
- Auer, Hermann
- Ruder, Artur

aus Hockenheim stattfand, das Verhalten dieser „Helden“ die 1933 politische Andersdenkende im „Heldenkeller“ der Wirtschaft „Zum Adler“ in Hockenheim in unmenschlichster Weise mißhandelten. Der Prozeßverlauf gab ein derart erschütterndes Bild der Methoden dieser Garde des „Führers“, daß es zu wünschen gewesen wäre, wenn alle diese Kreise, die heute noch diesem Mord- und Terrorssystem nachtrauern, einen Einblick genommen hätten, mit welcher Brutalität diese Untermenschen gegen Andersdenkende aus allen Lagern damals vorgehen.

Mit Gummiknüppeln, Feuerhaken etc. wurden die wehrlosen Opfer so lange traktiert, bis ihnen, nach eigener Aussage der Angeklagten, die Fetzen vom Leibe flogen, dabei scheute man sich nicht, die Köpfe mit dem Gesicht in einen Sandkasten zu drücken. „Wer bei solchen Taten mitwirkt, trägt mit die Verantwortung an dem heutigen Unglück“; diesen Worten des Oberstaatsanwalts, denen sich das Gericht vollinhaltlich anschloß, entsprach auch das Strafmaß, das, im Gegensatz zu den Willkürurteilen der Sondergerichte, getragen war von Recht, Gerechtigkeit und Humanität. Es wurden verurteilt:

- Butz 2 Jahre 6 Mon. Gefängnis
- Völker 6 Jahre Gefängnis
- Marquetant, J. 3 Jahre 6 Mon. Gefängnis
- Marquetant, P. 2 Jahre Gefängnis
- Auer 3 Jahre 6 Mon. Gefängnis
- Ruder 2 Jahre 6 Mon. Gefängnis

Sämtliche Angeklagte wurden sofort in Haft genommen. Das kriminelle Unrecht hat seine Sühne gefunden, nicht das politische. Nun hat die Spruchkammer das Wort.

## Bildnis eines öffentlichen Klägers

Wie überall in deutschen Landen, so hat sich auch in Ettlingen, inmitten des CDU-Paradieses, eine Spruchkammer etabliert. Genau wie alle anderen ihrer Art verfügt sie über einen umfangreichen Apparat mit Präsidenten und Beisitzern, mit Geschäftsführern, Recherchieren, hübschen Stenotypistinnen, kahlen Amtsstuben und frostklirrenden Sitzungssälen.

Auch um dieses hohe Tribunal spinnt sich — haargenau wie anderwärts — ein schier unentwirrbares Knäuel von politischer Intrige, von Wichtigtuerei, Hetze, Haß und verlogenem Unschuldgewäsch. Im nur notdürftig getarnten Schutze der allmächtigen CDU wird vor seinen Schranken so mancher alte Marschierer des „Führers“ entlastet, hemmungslos Judenfledder und wildgewordene Flintenweiber als harmlose „Mitläufer“ abgefertigt und — solcherart zu neuen Schandtatens geradzu ermuntert — wieder auf die Menschheit losgelassen.

Wehe aber dem Antifaschisten, der durch verleumderische Denunziation in das Räderwerk dieser Spruchkammer gerät. Er versichere sich rechtzeitig des Wohlwollens der christlichen Machthaber im Bezirk. So ihm das nicht gelingt, oder wenn er es gar einmal gewagt hat, wider den alleinseligmachenden Stachel zu lösen, sei der Herrgott seiner armen Seele gnädig. Er wird fertig gemacht, daß ihm Hören und Sehen vergeht, und der Rest wird — unter frommem Gelächere — am Boden zerstört. Kurzum, eine Spruchkammer, die sich gewaschen hat und sich sehen lassen kann!

Klar, daß dem Stabe dieses musterhaften Sondertribunals auch ein öffentlicher Kläger angehört. Ihm, dem Prominentesten der im Bezirke Ettlingen um die politische Säuberung Bemühten, wollen wir heute unsere spezielle Aufmerksamkeit widmen.

Sein Name ist Neumann. In friedlichen Zeiten diente er dem Staate schlecht und recht als Steuerbeamter, seine Wiege stand — das kommt in den besten Familien vor — irgendwo in Preußen. Zum Manne gereift, entschied er sich für den entscheidungsvollen Beruf eines gewerkschaftlichen Unteroffiziers. Neumann wurde Zwölfender. Damit sei keineswegs gesagt, daß sich nicht auch ein altdienst-

preußischer Berufsfeldweibel zum politisch durchaus schätzenswerten Nebenmenschen mausern könnte. Als Ankläger gegen Nazis und Militaristen erscheint uns indessen ein derartiger Zeitgenosse fehl am Platze. Doch ließe sich darüber zur Not hinwegsehen, wenn nicht auch die spätere politische Laufbahn des braven Feldweibels a. D. einige unklare Stellen aufwiese.

Am Ende seiner langen Militärdienstzeit reklamierte einst Neumann ein wohlverworbenes Recht auf zivile Versorgung und wurde in die Finanzverwaltung übernommen. Hier befummelte er die Finanzen des Landes mit einigem Eifer und Geschick, so daß er bis zum Anbruch des Dritten Reiches zum Steuerinspektor avanciert war. Nun wäre es unwarh zu behaupten, Neumann hätte die „Macht ergreifung“ durch die Nazis begeistert begrüßt. Im Gegenteil. Zunächst verhielt er sich halb abwartend, halb ablehnend; alles in allem reserviert, bis er in Verbindung mit dem Nazikreisleiter des Kreises Karlsruhe, dem ehemaligen Brauknecht Worch, kam. Dieser nahm sich des Herrn Steuerinspektors freundschaftlich an und erwarbte dessen Beförderung zum Obersteuerinspektor. Das wiederum war für den also Ausgezeichneten ein großer Grund, sich auf dem nachgerade berühmten gewordenen Boden der Tatsachen nach einem Stehplatz umzusehen. Neumanns ursprünglich ablehnende Haltung gegenüber dem Nazibetrieb begann langsam aber sicher abzubrecheln. Im stillen Kämmerlein zwar und im Kreise vertrauter Freunde versuchte er immer noch, das Gesicht des Nazigegners zu wahren. Draußen im öffentlichen Leben hingegen tat er alles, um den Anschluß an die existenz- und karrieresichernde „Bewegung“ eben gerade noch rechtzeitig zu erlangen.

Im Jahre 1936 bewarb er sich um die Aufnahme in die NSDAP und fügte seinem Aufnahmeantrag die Beitrittsgebühren gleich bei. Doch Neumann hatte Pech. Aus irgendwelchen heute nicht mehr nachprüfbar Gründen lehnten die obersten Parteigötter seine Aufnahme ab.

Dennoch ließ es dem guten Herrn Oberinspektor keine Ruhe, von den da-

# Aufruf an das deutsche Volk! Volksentscheid für die Einheit Deutschlands

Für eine gesamtdeutsche demokratische Regierung — Aufstieg durch Wirtschaftsplanung und Außenhandel —  
Für die Einheit der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland

Die Verhandlungen in Moskau über den Friedensvertrag mit Deutschland stehen unmittelbar bevor.

Diese geschichtliche Stunde fordert vom deutschen Volk, seinen eigenen Weg zu suchen und die demokratische Gestaltung Deutschlands eindeutig durchzuführen.

Die Aufspaltung Deutschlands in vier Besatzungszonen widerspricht dem Abkommen von Potsdam, das die Einheit Deutschlands und ein umfassendes Wirtschaftsprogramm vorsah. Das Zwei-Zonenabkommen hemmt die restlose Vernichtung des Nazismus und Militarismus, erschwert die Demokratisierung, verhindert die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und damit seine wirtschaftliche Gesundung. Sie verschlimmert so unsere Not.

Nur die nationale Einheit kann unser Volk aus den Ruinen, aus der Armut und dem Elend herausführen!

Warum aber ist die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands noch nicht geschaffen? Weil sich die reaktionären Kräfte, die deutschen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer mit ihrem Anhang, hindernd in den Weg stellen. Sie fürchten, ihre Machtposition für immer zu verlieren.

Deshalb will die Reaktion die Zersplitterung Deutschlands.

Die reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien reden dem zersetzenden Partikularismus das Wort. Leider betreiben auch sozialdemokratische Führer in Bayern eine partikularistische oder in Schleswig und im Saargebiet sogar eine separatistische Politik. Die sozialdemokratische Führung vertritt zwar in Worten die Einheit Deutschlands, in der Praxis aber fördert sie durch ihre Zweizonenpolitik die Spaltung Deutschlands. Maßgebende, der Sozialdemokratischen Partei angehörende Regierungsvertreter betreiben ganz offen eine Politik, die versucht, sich der Verantwortung zu entziehen, die auf dem deutschen Volke lastet. Sie verhindern so, daß das Ausland wieder Vertrauen zu Deutschland gewinnt, und fügen dadurch dem deutschen Volke unberechenbaren Schaden zu. Sie bereiten jetzt eine Regierung für die amerikanische und englische Besatzungszone vor, um damit die Zerschlagung Deutschlands endgültig zu besiegeln.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands fordert daher, daß das deutsche Volk in freier und gemeinsamer Abstimmung über die Staatsform entscheiden soll.

In dieser Stunde höchster nationaler Gefahr müssen sich alle antifaschistisch-demokratischen und fortschrittlichen Kräfte zusammenschließen, um das deutsche Volk aus seiner nationalen Katastrophe herauszuführen. Die antifaschistisch-demokratischen Parteien in ganz Deutschland und die Gewerkschaften müssen zusammentreten, um einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden für die Durchführung eines Volksentscheides über die Bildung des Einheitsstaates mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden.

Das ganze Volk soll damit die Verantwortung für den zukünftigen staatlichen Aufbau Deutschlands übernehmen. Diese Entscheidung wird den Sieg über die Feinde der Einheit Deutschlands bringen.

Die nationale Einheit Deutschlands muß ihren Ausdruck in der Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung finden.

Zur Vorbereitung einer solchen Regierung fordert die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

die sofortige Bildung einer deutschen Zentralverwaltung.

Ein fühlbarer wirtschaftlicher Aufschwung in ganz Deutschland und die Überwindung der Krisen im Westen ist nur möglich, wenn die Zonen-grenzen fallen und überall in Deutschland folgende Forderungen verwirklicht werden:

Restlose Säuberung der Verwaltung und des Wirtschaftsapparates von Nationalisten und Kriegsverbrechern!

Demokratische Bodenreform durch entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes mit über 100 ha und Zuteilung des Bodens an landarme Bauern, Arbeiter und Umsiedler!

Entschädigungslose Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und Ueberführung der Großbanken, aller Konzern-, Syndikats-, Kartell- und Trustbetriebe in öffentliches Eigentum!

Volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte!

Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produktion unter maßgebender Mitwirkung der Gewerkschaften!

Der Neuaufbau und die Überwindung der Not des Volkes erfordert eine umfassende Wirtschaftsplanung.

um alle Teile der Wirtschaft aufeinander abzustimmen, Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden, sowie alle Kräfte der Wirtschaft rationell auszunutzen.

Ein einheitlicher Industrieplan

müßte eine Steigerung der auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vorgesehenen industriellen Erzeugung für den zivilen Bedarf um das Zwei- bis Dreifache ermöglichen. Nur so könnte die Versorgung der Bevölkerung gesichert und den Reparationsansprüchen genügt werden.

Ein einheitlicher Landwirtschaftsplan

könnte die restlose Bodenbestellung sichern, die Ertragsfähigkeit steigern und den Wiederaufbau der Viehzucht fördern. Nur durch einen einheitlichen Ablieferungsplan würde die Volksernährung gesichert und der Schwarze Markt wirksam bekämpft werden.

Ein einheitlicher Plan der Verteilung der Arbeitskräfte

wird die zweckmäßige Verwendung der lebendigen Produktivkraft ermöglichen und den höchsten Nutzeffekt der Arbeit erzielen.

Deutsche in Stadt und Land!

Die imperialistische Gewaltpolitik stürzte das deutsche Volk zweimal in Elend und Not! Nun muß endlich ein neuer Weg beschritten werden, der zu Frieden und Freiheit führt.

Die Verantwortung dafür liegt auf allen Schichten des Volkes, aber die Arbeiterschaft als die konsequenteste demokratische Kraft hat dabei besondere Verpflichtungen. Sie muß die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und die Fehler vermeiden, die nach 1918 begangen worden sind.

Den Kampf um Deutschlands Einheit kann nur eine geeinte sozialistische Partei in ganz Deutschland erfolgreich bestehen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone haben vor einem Jahr durch ihre Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und durch die seither von dieser Partei erzielten Erfolge bewiesen, daß ihr Weg richtig ist.

Zu gleicher Zeit ist die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den westlichen Besatzungszonen ergebnislos geblieben. Ihre Führung hat nichts aus der Vergangenheit gelernt. Sie lehnt jede Zusammenarbeit der Arbeiterparteien ab und vertieft damit und durch die Wiederholung der alten Koalitions politik die Spaltung der Arbeiterbewegung.

Die Koalitions politik beruht auf der Spaltung der Arbeiterbewegung und der Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Forderungen der bürgerlichen Parteien.

Die Kommunistische Partei der westlichen Besatzungszonen konnte allein keine entscheidende politische Kraft entwickeln. Durch reaktionäre Wahlbestimmungen wurde sie in manchen Ländern vor der politischen Mitwirkung überhaupt ausgeschaltet.

Der Neuaufbau Deutschlands auf demokratischer Grundlage kann nur gelingen, wenn auch in West- und Süddeutschland die Einigung der Arbeiterschaft erfolgt und die Sozialistische Einheitspartei geschaffen wird.

Alle Kommunisten, Sozialdemokraten, sozialistisch und fortschrittlich gesinnten Menschen West- und Süddeutschlands, die für die Einheit der Arbeiterbewegung, für den Sieg des Sozialismus sind, müssen gemeinsam die Schaffung der sozialistischen Einheit vorbereiten und sich auch in Süd- und Westdeutschland in der geeinten marxistischen Partei zusammenschließen.

Die Sozialistische Einheitspartei muß und wird zur stärksten der Parteien in ganz Deutschland werden. Sie wird das schaffende Volk durch Einheit zum Sieg führen!

Die vom Monopolkapitalismus und seinem Hitlerregime heraufbeschworene Katastrophe hat die bisherige Lebensgrundlage des deutschen Volkes zerstört. Wir wollen ein neues Leben gestalten! Wir strecken die Hand jedem entgegen, der dabei ehrlich mitheifen will.

In einer demokratischen Ordnung können auch die nominellen Mitglieder der Hitlerpartei in ein normales Leben eingegliedert werden, wenn sie aktiv am Neuaufbau teilgenommen haben und ehrlich bestrebt sind, mit ihrer Vergangenheit zu brechen. Es darf nicht sein, daß man die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt. Darum müssen die Hauptschuldigen am Faschismus und Krieg unachsichtig bestraft werden. Keine Gnade den Totengräbern Deutschlands und ihren Hintermännern!

Die Neugestaltung der deutschen Zukunft ist nur möglich durch die Mobilisierung aller aufbauwilligen demokratischen Kräfte des schaffenden Volkes, durch die Zusammenfassung der Arbeiterschaft in der großen Sozialistischen Einheitspartei.

Alles für die Einheit der deutschen Nation!

Darum:

Volksentscheid über ein einheitliches Deutschland.

Sofortige Einsetzung einer gesamtdeutschen Zentralverwaltung.

Baldmöglichste Bildung einer zentralen Regierung für Deutschland.

Es lebe die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung!

Berlin, den 1. März 1947.

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Wilhelm Pieck Otto Grothwohl

die am Böse-Urteil Anstoß nahm. Nach seiner, des hohen Herrn Kommissars, dem bereits der Name eines „Diktators von Sandhofen“ vorausgeht, Meinung, ist das Urteil absolut zu Recht erfolgt, da die Öffentlichkeit überhaupt keine Ahnung hätte, wie Recht gesprochen wird. Wir werden bei solchen Überschlauen in unangenehmer Weise an die „Schulungen“ des Dritten Reiches erinnert, wo jeder kleine Popanz seine Meinung den „Untergebenen“ aufkotzen konnte. Anscheinend hat dieser Kommissar noch nicht davon Kenntnis genommen, daß allein schon die gegen das Urteil protestierenden Gewerkschaften über hunderttausende Mitglieder aller Parteien zählen, deren Meinung wohl maßgebender sein dürfte, als die eines kleinen, sich zu Behörungen unsachlicher Art berufenen Polizeikommissars. Wir und die nicht uninteressierte Öffentlichkeit erwarten, daß sich Herr Daferner etwas in den heutigen Rahmen einer Demokratie hineinpaßt, wenn es ihm auch schwer fallen sollte. Interessant wäre in diesem Zusammenhang zu erfahren, aus welchem Grunde gerade dieser Herr in das bisher friedliche Sandhofen versetzt wurde? Der Auftakt seiner Tätigkeit in 8 Wochen scheint nicht gerade vielversprechend zu sein!

## Philippsturm

Auch hier scheint man von Entnazifizierung noch wenig gehört zu haben, wäre es sonst doch nicht möglich, daß man drei antifaschistische Polizeidiener abbaut und den seit 1937 als Pg. bekannten

Ratsdiener Eugen Roth im Amte beläßt. Roth ist bekannt dafür, daß er im Nazireich bei festlichen Aufmärschen allen Leuten, die nicht zu „Ehren des Führers“ die Hand erhoben, die Kopfbedeckung heruntergeschlug.

Vielleicht kann der Bürgermeister auch darüber Auskunft geben, aus welchem Grunde ausgerechnet

Herr Josef Steinel, der ja noch sattsam aus den Mannheimer BBC-Werken bekannt ist, als zweiter Ratsdiener angestellt wurde. Sollte damit vielleicht die Zuzugsgenehmigung von Herrn Fuchs und die mit diesem verbundenen 400 Liter Wein schneller erreicht werden? Es wäre absolut angebracht, wenn Herr Steinel sich bei der Schuttaufräumungsaktion seiner alten Firma BBC betätigen würde und sich ihm vielleicht der Sägewerksbesitzer

Martin Heiler, berüchtigt als Artikelschreiber des ehemaligen „Eisenhammer“, anschließen würde. Der Letztere könnte dann in der Praxis die Werke des von ihm stets als „von Gott gesandten Führers Adolf Hitler“ bewandern.

## Mingolsheim

Ein ganz tolles Stück leistete sich am 17. Februar 1947 der Landesamtmann der Landesheilanstalt Eichberg, Gemeinde Erbach. Der aus Mingolsheim stammende

Valentin Wüst

wurde im Jahre 1944 nach der Landesheilanstalt Hadamar verlegt und dort auf die bekannte Art unj Weise vergast.

Heute, nach über zwei Jahren, verlangt dieser Landesamtmann von der Schwester des Ermordeten noch einen Unkostenbeitrag von 92,50 Mk. und zwar für die Zeit vom 1. 10. 44 — 6. 11. 44 (Verlegung nach L. H. A. Hadamar).

Es dürfte höchste Zeit sein, diesen Landesamtmann in gebührender Form davon zu verständigen, daß das Dritte Reich samt seinen Mordinstituten bereits 1945 mit Donnergewalt zusammenbrach.

## Neckarbischofsheim

Bereits am 26. Februar veröffentlichten wir die Schieberien des

Land- und Gastwirts Ludwig Metzger, der es nicht nur fertigbrachte, täglich 30 Liter Vollmilch der Ernährung zu entnehmen, sondern außerdem die zur Ablieferung kommende Milch zu entrahmen. Aufgedeckt wurden diese skandalösen Zustände in der Hauptsache durch einen bei Metzger beschäftigt gewesenen Melker, der es korrekterweise für seine Pflicht hielt, diesem Ernährungssaboteur das Handwerk zu legen. Anscheinend ist jedoch das Bestreben, Sauberkeit in den Betrieben zu gewährleisten, der Gemeindeverwaltung Neckarbischofsheim nicht besonders sympathisch, würde sie doch sonst nicht diesen Melker auffordern, innerhalb von 3 Tagen die Stadt Neckarbischofsheim zu verlassen. Unterschrift: Schneider, vom Flüchtlingskommissar wurde nun, entgegen der Anordnung dieses Herrn Schneider, der Aufenthalt bis 31. 3. 47 genehmigt.

Vielleicht kann uns der Bürgermeister darüber Auskunft geben, aus welchem Grunde dieser Herr Schneider daran interessiert ist, daß dieser Melker innerhalb von 3 Tagen die Stadt verläßt und wohin sich derselbe eigentlich wenden soll, da er doch unseres Wissens Flüchtlings aus abgetrennten Gebieten ist.

## Landshausen

Erfreulicherweise konnten wir feststellen, daß die dem Bäckermeister Karl Imhoff zugefallenen neun Bezugsheine nicht für ihn selbst ausgestellt wurden.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S. 3. 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S. 3. 10. Tel. Nr. 43260. Auflage: 60 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. I. 4-6. - Authorized by Military Government for Württemberg and Baden Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.

## Unter der Lupe

### Mannheim

Wie wir erfahren, wurde durch das Entgegenkommen der amerikanischen Militärregierung die frühere Gallwitz-Kaserne, die bis jetzt als Krankenhaus diente, mit einem Bettenbestand von 250 Stück, sowie Röntgenstation und eingetretener Zahnstation, der Tuberkulosefürsorge zur Verfügung gestellt.

Wir hoffen, daß es der Landesversicherungsanstalt gelingt, recht bald die Leitung des Hauses in wirklich fachärztliche, mit den Mannheimer Tuberkuloseverhältnissen vertraute Hände zu legen und Verhältnisse zu schaffen, die es dem Leiter des Krankenhauses ermöglichen, frei von allen bürokratischen Bindungen der größten Not unserer Bevölkerung zu steuern.

### Mannheim-Neckarau

In einer Bauernversammlung wurde dem derzeitigen Ortsbeauftragten Valentin Eichel der Vorwurf seiner Unfähigkeit gemacht.

Wer ist Eichel? War er nicht schon seit 1935 Ortsbauernführer, Parteimitglied der NSDAP und Träger des goldenen Verdienstkreuzes? Wurde von ihm nicht im Jahre 1940 ein französischer Hilfsarbeiter unter Mithilfe seines Sohnes Erwin mißhandelt? Drohte er nicht im Dritten Reich einem Bauern mit Verbringung ins KZ und verweigerte die Auszahlung der Milchprämie mit der Begründung, daß der Bauer, der kein Pg. sei, keinen Anspruch darauf hätte?

Und ein solcher Mann ist heute im demokratischen Staate Ortsbauernführer!

### Sandhofen

Eine ganz eigenartige Größe der Mannheimer Polizei hat als Kommissar und Leiter des Polizeireviers in Sandhofen seinen Einzug gehalten. Es ist dies der Polizeikommissar Daferner, der es sich nicht verkneifen konnte, in der Belehrung am verflornten Freitag, den 14. März 1947, „seinen Männern“ einen Vortrag zu halten über die Verantwortlichkeit der öffentlichen Meinung.

dar  
fü  
san  
auf  
und  
mü  
Sta  
we  
Err  
hat  
Dr.  
ma  
stri  
sch  
Par  
hat  
Fri  
we  
lan  
Sta  
bilde  
kra  
wur  
und  
star  
Ges  
tant  
Part  
ers  
Am  
bofe  
I  
will  
soch  
her  
nie  
sche  
zial  
N  
auf  
ein  
Eg  
Bü  
Pfu  
Gern  
Ziga  
E  
erte  
iere  
su  
e  
ste  
die